

10.

Der Sklavenhandel,

das Völkerrecht

und

das Deutsche Recht.

Von



CGH

Berlin SW. 1884.

Verlag von Carl Gabel.

(C. G. Loderitz'sche Verlagsbuchhandlung.)

55. Wilhelm-Strasse 55.

Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.
Für die Redaction verantwortlich: Dr. Fr. v. Holtendorff in München

Mit den Rechten wachsen die Pflichten, mit der Ausdehnung der Macht mehrten sich die Aufgaben des Staates: es ist ein völkerrechtlich und ethisch wohlbegründeter Satz, daß kein Staat berechtigt ist, ein größeres Gebiet in den Bereich seiner Macht zu ziehen, als er staatlich zu ordnen den Willen und die Mittel hat.¹⁾ Dieser aus dem Wesen des Staates und der ethischen Bestimmung des Menschengeschlechts fließenden Wahrheit darf sich keiner der Patrioten verschließen, welche die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches und insbesondere das Entfalten der deutschen Flagge in den westafrikanischen Gewässern und die Errichtung deutscher Schutzgewalten in afrikanischen Ländern mit Freude begrüßen. Wo die deutsche Reichsmacht eine Schutzgewalt ausübt, da soll Recht und Civilisation herrschen, und deutsche Grenzpfähle sollen nur solche Gebiete schützend umrahmen, in denen Recht und Sitte nach deutschen Begriffen der Uncultur Schranken setzen. Daß dies mit bloßen Proklamationen und mit Flottendemonstrationen, ja auch mit der Errichtung von Konsulaten allein nicht erreicht werden kann, ist selbstverständlich, und so schwer die Aufgabe für die Gesetzgebung auch sein mag, Normen zu schaffen, die zugleich afrikanischen Verhältnissen und deutschem Rechtsgefühl gerecht werden, — unlöslich ist sie nicht und erfüllt muß sie werden, gleichviel ob die Initiative dazu vom deutschen Mutterlande oder von der „kaufmännischen Souveränität“²⁾ der Kolonien ausgeht. Natürlich wird und darf es Niemanden in den Sinn kommen, die deutschen Reichsgesetze im Ganzen und Einzelnen am Congo oder in Guinea ohne Weiteres als geltendes Recht einzuführen, aber was nach unserer deutschen sittlichen Auffassung menschenunwürdig, gemein und barbarisch ist,

das muß von Gesetzgebung und Verwaltung bekämpft werden in Samoa und Westafrika so gut wie in Ostpreußen.

Unter dem Bedürfnis der Beschaffung billiger Arbeitskräfte entstand der Handel mit Menschen, und seiner Unterdrückung, der Bekämpfung einer der scheußlichsten Entartungen des menschlichen Thätigkeitstriebs, muß die Gesetzgebung aller civilisirten Staaten überall da, wo dieser Handel, wo offene oder verdeckte Sklaverei besteht, mit allen ihren physischen und moralischen Mitteln entgegenreten.

Bisher dachte der deutsche Staatsbürger über Sklaverei und Menschenhandel in der Regel ungefähr ebenso wie der gemüthliche Philister in Goethe's Faust über den Türkenkrieg, d. h. er kümmerte sich nicht darum. Das Elend von Hunderttausenden, welche der Heimath und Familie gewaltsam entrisen in lebenslänglicher Arbeit fremden Herrn auf fremder Scholle dienen müssen, ging ihm nicht nahe genug; er konnte es leugnen oder ignorieren: man hört und liest ja dann und wann, daß irgendwo die Sklaverei abgeschafft worden sei; man weiß, daß sie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika seit 1864 wirklich aufgehoben ist und daß deshalb ein blutiger Krieg zwischen dem Sklaven haltenden Süden und der Union geführt wurde; man weiß ferner, daß die Engländer schon im Jahre 1833, die Franzosen erst 1848 die Sklaverei in ihren Kolonien abschafften, und kraft dieser und ähnlicher Thatfachen überredet man sich dann leicht selbst, anzunehmen, es gebe überhaupt keine Sklaverei mehr oder doch nur in so unbedeutenden, uns jedenfalls so entlegenen Verhältnissen, daß es sich nicht verlohnt, sich mit der Frage der Bekämpfung des Menschenhandels ernstlich zu beschäftigen.

Dieser vertrauensseligen Annahme ist ganz entschieden entgegenzutreten; es giebt leider noch eine große Anzahl von Ländern — und von Ländern, mit denen die Europäer und insbesondere auch die Deutschen in Verkehr stehen — von Ländern, in denen Sklavenhandel und Sklaverei oder, was meist noch schlimmer ist, ein menschenunwürdiges Surrogat derselben thatsächlich und formell zu „Recht“ besteht. Diesen Ländern ist der deutsche Handel jetzt näher gerückt, und wie schon die Samoaangelegenheit, so

muß auch die Frage der süd- und westafrikanischen Kolonien den Blick der gesetzgebenden und verwaltenden Faktoren des Reiches auf die Unterdrückung des Menschenhandels lenken. —

Leider kann man nicht sagen, daß die Zahl der Sklavenhaltenden Länder nun im Abnehmen begriffen und die Bemühungen philanthropischer Gesellschaften in Bekämpfung der Sklaverei jüngst mit großem Erfolge gekrönt gewesen wären. Es kann sich hier nicht darum handeln, eine erschöpfende Uebersicht der Sklavenstaaten und einen Ueberblick über die einschlägigen Bewegungen, Bestrebungen und Unternehmungen gegen die verschiedenen Formen der Sklaverei den Lesern dieser Zeitfragen zu bieten: aber eine Reihe von Thatfachen darf ins Gedächtnis gerufen werden, welche geeignet sind, das Brennen dieser Frage darzuthun, und daß hierbei der Blick zunächst auf den „schwarzen Erdtheil“ fällt, wird selbstverständlich Niemanden überraschen.

In den von der ottomanischen Pforte wirklich oder nominell beherrschten Gebietstheilen von Nord- und Ostafrika war die Bekämpfung der Sklaverei und des Sklavenhandels bis vor Kurzem auf dem besten Wege, denn nicht bloß die türkische Verfassung vom Dezember 1876³⁾ hebt unter ausdrücklicher Proklamierung der Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit für alle Untergebenen der türkischen Staatsgewalt in allen Theilen des weiten ottomanischen Reiches jede Art von Sklaverei auf, — sondern es hat Egypten sich in einem besonderen Vertrag mit Großbritannien am 4. August 1877⁴⁾ besonders zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Egypten verpflichtet. Die Regierung des Khedive hat es inhaltlich dieses Vertrags unternommen, jeden Handel mit abyssinischen oder Negerklaven innerhalb der Grenzen ägyptischer Herrschaft zu verhindern und hat englischen Kreuzern zu diesem Zwecke ein Durchsuchungs- und Anhalterecht gegenüber allen ägyptischen Schiffen auf dem Rothen Meere, dem Golf von Aden, an der Küste von Arabien, an der Ostküste von Afrika und auf allen ägyptischen Gewässern eingeräumt. Freilich sollte dieser Vertrag nicht sofort in volle Wirksamkeit treten: die ägyptische Regierung hatte das Recht, das Verbot des Sklavenhandels allmählich wirksam werden zu lassen;

es sollte theilweise erst in sieben Jahren, theilweise sogar erst in zwölf Jahren, vom 1. August 1877 an gerechnet, in Kraft treten, letzteres für den Sudan und die jenseits Assouan gelegenen ägyptischen Provinzen. Da in Egypten der Handel mit schwarzen und mit weißen Sklaven und Sklavinnen bereits vor 1877 schon verboten war und eine Anzahl europäischer Beamten im Sinne dieses Verbots und der Kulturbestrebungen überhaupt erfolgreich als ägyptische Statthalter u. s. w. wirkten, so war schon vor Ausbruch der zuerst durch Arabi und dann durch den Mahdi veranlaßten Wirren Vieles zur Einschränkung des Sklavenhandels in Egypten und dem ägyptischen Sudan geschehen. So wirkte z. B. Sir Gordon im Sudan,⁵⁾ so wirkte Dr. Emin Bey⁶⁾ als Gouverneur der ägyptischen Aequatorialprovinzen in trefflichster Weise. Freilich war viel zu thun und Schweres zu erreichen, und wenn man die weite Ausdehnung des vom Vizekönig von Egypten beherrschten Landes, die Schwäche der Mittel seiner Regierung und die enge Verknüpfung der Sklaverei mit dem Islam und der Vielweiberei bedenkt, so darf man sich nicht wundern, daß noch 1882 das Nilgebiet als ein Hauptherd der Sklaverei und des Handels mit Menschen, und Egypten als die Brücke zwischen Afrika und Asien galt, auf welcher die Sklaven nach den muhammedanischen Ländern eingeschmuggelt werden. Der von der ägyptischen Regierung unternommene Sklaventrieg wurde leider von vornherein mit unzureichenden Mitteln geführt und hörte selbstverständlich ganz auf, als die ägyptische Staatsmacht, von äußeren und inneren Feinden bedroht, um ihre Existenz ringen mußte. Der englisch-ägyptische Vertrag vom 4. August 1877 trat gar nicht in Wirksamkeit. Sklavenhändler und Sklavenjäger verstärkten die Macht des rebellischen Mahdi, dessen Waffen auch für die Aufrechterhaltung der Sklaverei forschten, und der aufrichtigste Gegner des Sklavenhandels sah sich genöthigt, Sklavenjägern wie Osman Digma großentheils das Feld zu räumen. Bis an die Grenzen des engeren Egyptens drangen Hauptlinge vor, wie Zobeir Rahama, die durch Sklavenjagen und Sklavenhandel ihren Reichtum wie ihren Einfluß begründet hatten.⁷⁾ Gegenwärtig sind die optimistischen Bilber, die man sich

nach dem Vertrage vom 4. August 1877 ausmalen zu dürfen glaubte, leider in ein Nichts zerfloßen. So kommt es, daß der Sklavenhandel und die Sklaverei mehr als je im Sudan und im benachbarten Egypten blühen, was von der Provinz Galabab, die früher abyssinisch, seit 1873 ägyptisch ist, ausdrücklich gemeldet wird, trotz des Vorhandenseins von Sklavenhandel-Inspectoren.⁸⁾

An der ostafrikanischen Küste besteht der Sklavenhandel theils offen, theils versteckt fort. Zeitungsberichte wenigstens melden, daß man auf dem ostafrikanischen Festlande in der Nähe der Quirimba-Gruppe ein hübsches halberwachenes Mädchen für 60 M. trotz der gesetzlichen Abschaffung der Sklaverei als Hausdienerin kaufen könne.⁹⁾ Man kann nicht sagen, daß die ägyptischen, sudanesischen und ostafrikanischen Verhältnisse für uns Deutsche absolut gleichgültig seien; der deutsche Handel hat dort längst Pfade gefunden und deutsche Firmen blühen nicht bloß in Egypten, auch in Zanzibar sind die beiden bedeutendsten Firmen deutsch und der Sultan von Zanzibar stellt Deutsche in seiner Kriegs- und Handelsflotte an und unterstützt sympathisch die deutschen Reisenden, die von seinem Gebiete aus in das Innere Afrika's vordringen.¹⁰⁾

In Südafrika ist, soweit europäischer Einfluß reicht, selbstverständlich die Sklaverei gesetzlich abgeschafft; aber es berührt doch eigenthümlich, daß in dem zwischen der englischen Regierung und der Transvaal-Republik am 3. August 1881 abgeschlossenen Vertrage die Sklaverei ausdrücklich als nicht zu dulden bezeichnet wird und Boer's werden von der britischen und ausländischen Antisklavereigesellschaft förmlich des Sklavenhandels bezüchtigt.

Am schlimmsten sieht es natürlich in Centralafrika aus. Geradezu schaudererregend sind die Berichte, die uns von den das Innere Afrika's durchkreuzenden Reisenden übereinstimmend erstattet werden. Stamm gegen Stamm, Dorf gegen Dorf, ja selbst Familie gegen Familie kämpfen die schwarzen Bewohner Centralafrika's in grausamster Weise häufig genug aus keinem anderen Grunde als um die im Kampf Gefangenen an die Sklavenhändler verkaufen zu können. Welche Scheußlichkeiten bei den zu diesem Zwecke unter-

genommenen Ueberfällen friedlicher Dörfer, bei den „Skavenjagden“ und vielleicht mehr noch bei dem Transport der Beute dieser Jagden sich ereignen, möge, wenn es nicht graut, in den Berichten lesen von Reisenden, die um ihr Reiseziel erreichen zu können, selbst Augenzeugen dieser Jagden werden mußten. In denselben Berichten wiederholt sich die Mittheilung, daß die Ergebnisse dieser Menschenraubzüge vielfach zur Ausfuhr nach Küstenländern, nach Arabien, aber auch nach Marokko, Tunis und Tripolis bestimmt seien.¹¹⁾

In Westafrika, in denjenigen Strichen, auf welche das Augenmerk vieler Deutschen gegenwärtig besonders lebhaft gerichtet ist, dürfte, so hoffen wir, von eigentlicher Sklaverei nicht die Rede sein. Die Arbeit in den Plantagen wird durch Neger geleistet, welche frei sind und von den Plantagenbesitzern angesiedelt werden. Die Art dieser Ansiedelung, der Inhalt der Arbeitsverträge, welche mit den concentrirten Arbeitskräften beschloffen werden, wird die deutschen Konsuln und sonstigen Behörden interessieren müssen, um jederzeit constatieren zu können, daß den deutschen Niederlassungen kein Vorwurf menschenunwürdiger Behandlung der Arbeiter, auch nicht der Vorwurf eines Systems versteckter Sklaverei gemacht werden kann. Nahe genug an den jetzt durch die deutsche Flagge geschützten Faktoreien, im Norden und im Süden des Congo, unweit des Gaboon und des Lagos, ja selbst am Amtssitz eines deutschen Konsuls, in Loando, finden sich niederländische Faktoreien, in denen Neger unter dem Namen von Coromanos, von den Holländern Kroomannen genannt, arbeiten, welche ein wie es scheint auf eigener Kenntnisknahme beruhender ausführlicher holländischer Bericht geradezu als Skaven bezeichnet, „da sie den Europäern von den Negerfürsten oder Häuptlingen verkauft werden.“¹²⁾

In Nordafrika herrscht Sklaverei und Skavenhandel soweit der Islam reicht: der Koran verbietet den Skavenhandel nicht und die Vielweiberei befördert ihn oder setzt ihn voraus. Ein Unterschied besteht nur insofern, als wo europäischer Einfluß das muhammedanische Element beherrscht, das Skavenunwesen im Verborgenen betrieben wird, wo aber nicht, offen. Hieraus folgt, daß von Sklaverei in Algier soweit die französische Macht reicht,

keine Rede ist, daß man aber in Marokko dem Skavenhandel kein Hinderniß in den Weg legt und dort Skaven öffentlich kaufen kann.¹³⁾

Der Erdtheil, welcher die gegenwärtigen Kolonisationsbestrebungen, abgesehen von Afrika, praktisch am meisten interessiert, ist Australien. Daß auf zahlreichen Inseln der Südsee, auf denen sich europäische Kolonien befinden, die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften, die importiert werden, eine brennende ist, wird nicht bloß durch Zeitungsberichte, sondern auch durch amtliche Aktenstücke bestätigt.¹⁴⁾ Eben diese Quellen theilen aber auch mit, daß die Art der Beschaffung dieser Arbeitskräfte mindestens sehr nahe an Skavenhandel grenzt. Die deutsche Reichsregierung wandte derselben schon im Jahre 1875 ihre volle Aufmerksamkeit zu; sie brachte beim Deutschen Reichstage einen Gesetzentwurf ein, welcher die Mißbräuche des Arbeiterimports durch folgende strafrechtliche Bestimmung treffen wollte: „mit Geldstrafe bis zu 6000 M. oder mit Gefängniß wird bestraft, wer den vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths über die Beförderung eingeborener Arbeiter der polynesischen Inseln oder über die Beschäftigung solcher Arbeiter auf den deutschen Ansiedelungen in Polynesien erlassenen Verordnungen zuwiderhandelt. Ob die strafbare Handlung im Inlande oder im Auslande begangen ist, begründet keinen Unterschied.“ Dieser Strafbestimmung geht folgende Begründung seitens der Regierung voraus: „Seit längerer Zeit ist es auf mehreren Inselgruppen Polynesiens, namentlich den Fidji-, Samoa- (oder Schiffer-), Tonga- (oder Freundschafts-) Inseln, deren eingeborne Bevölkerung zu träge und energielos ist, um die zur Bebauung des Landes erforderliche Arbeit zu verrichten, üblich geworden, Arbeiter von andern Inselgruppen, namentlich von Salomons-, Gilbert-, Marshall-, Ellice-Inseln, einzuführen. Das Interesse, diese Arbeitskräfte zu erhalten, haben namentlich die auf jenen Inseln angesiedelten Europäer, unter denen sich auch Deutsche befinden. Meistens verpflichten sich die Eingeführten, eine bestimmte Anzahl von Jahren gegen einen bestimmten Arbeitslohn zu arbeiten, so daß sie nach Ablauf der Zeit verlangen dürfen, nach ihrer Heimath zurückgeschafft zu

werden. Bei dieser Einführung freier Arbeiter haben sich indessen so schwere, dem Sklavenhandel sich in hohem Grade nähernde Mißbräuche herausgestellt, daß die englische Regierung sich genöthigt sah, Maßregeln dagegen zu ergreifen. . . . Die britische Regierung hat schon vor mehreren Jahren die Regierung des Deutschen Reiches ersucht, auch ihrerseits Maßregeln zu treffen, um die Benutzung deutscher Schiffe zum Transport Eingeborener in jenen Gegenden unter eine ähnliche Kontrolle zu stellen, wie sie seitens Großbritanniens eingeführt ist. In der That kann darüber kein Zweifel bestehen, daß das gewinnreiche Geschäft, welches mit der Einführung derartiger Arbeiter getrieben wird, die Betheiligten nur zu oft verleitet, die Grenzen des Rechts und der Menschlichkeit zu überschreiten. Häufig werden die Eingeborenen unter Anwendung von List oder Gewalt an Bord gebracht, oder, wenn sie freiwillig an Bord gekommen sind, dort mit Gewalt zurückgehalten und zur Eingehung von Verbindlichkeiten, deren Tragweite sie nicht zu übersehen vermögen, in unerlaubter Weise bewogen. Abgesehen hiervon haben sie während der Reise in Folge von schlechter Nahrung und Ueberfüllung der Transporträume vielfache Leiden zu erdulden. Es ist als konstatiert zu erachten, daß an diesem Transport Eingeborener auch deutsche Schiffe sich betheiligen, obgleich Mißbräuche von dieser Seite bis jetzt nur in ganz vereinzelt Fällen zur Kenntniß gelangt sind. Der Kommandant eines deutschen Kriegsschiffes, welcher im Jahre 1874 eines dieser zum Transport Eingeborener bestimmten deutschen Schiffe besichtigte, fand, daß 130 Personen, Männer und Frauen, in einem viel zu kleinen Raum und überdies unmittelbar auf einer übelriechenden Ladung untergebracht worden waren. In Folge der von der britischen Regierung gegen britische Schiffe getroffenen Maßregeln steht zu erwarten, daß der fragliche Verkehr in erhöhtem Maße sich auf deutsche Schiffe ausdehnen wird. Hiernach erscheint das Einschreiten der deutschen Gesetzgebung erforderlich."

Diesen ebenso humanen, wie politisch richtigen Standpunkt hat die deutsche Reichsregierung nicht verlassen, obwohl der Reichstag den erwähnten Gesetzentwurf liegen und damit die Sache un-

erlebigt seinerseits auf sich beruhen ließ.¹⁵⁾ Das Auswärtige Amt des Deutschen Reichs war fortgesetzt bemüht, durch Verordnungen, durch Verfügungen an die deutschen Konsularbehörden insbesondere, die Absicht zu erreichen, welche dem Gesetzentwurf vom 25. November 1875 zu Grunde gelegen hat. Die deutsche Reichsregierung machte kein Gehehl daraus, daß das Bedürfnis nach einem strafrechtlichen, durch das Gesetz aufzustellenden Verbote derjenigen Arbeiterwerbung (Labor-trade genannt), welche im Widerspruch mit Menschlichkeit und Völkerrecht steht, fortbauere, und die Thatfachen, welche eben diese Regierung dem Deutschen Reichstage im Jahre 1879 bei Gelegenheit der Vorlage des Handelsvertrags mit den Samoa-Inseln mittheilte,¹⁶⁾ beweisen auch vollständig die Fortdauer des Bedürfnisses eines gesetzgeberischen Eingriffs gegenüber dem Arbeiter-Beschaffungssystem von Polynesien. Die mitgetheilten amtlichen Aktenstücke lassen die Art der Arbeitergewinnung in einem Lichte erscheinen, welches zeigt, daß amtliche Ueberwachung, ja Mitwirkung in höchstem Grade wünschenswerth ist, wenn man sicher sein will, daß Mißbräuche von den Manipulationen der in der Südsee üblichen Arbeiterwerbung ferne gehalten werden: die Plantagenbesitzer senden von Zeit zu Zeit Schiffe nach jenen Inseln, wo Arbeiter zu bekommen sind, und lassen durch die Schiffsführer mit den Häuptlingen unterhandeln, worauf die Auswanderungslustigen aufgefordert werden, entweder sofort mit an Bord zu gehen oder zur bestimmten Zeit sich daselbst einzufinden. Auf dem Lande oder an Bord werden die Vertragsbedingungen „in Gegenwart von Zeugen, gewöhnlich wenn ein solcher vorhanden ist, auch des eingebornen Missionslehrers erklärt und die Kontrakte gezeichnet“ — und die Arbeiter, von denen z. B. 30000 allein nach Samoa eingeführt werden müßten, um die dortigen Plantagen zu bebauen, sind gebunden. Das englische Recht schreibt vor, daß solche Werbezüge von englischen Regierungsbeamten begleitet sein müssen, und die chinesische Regierung macht die Arbeitskontrakte der zu exportierenden chinesischen Arbeiter von der Genehmigung chinesischer Regierungsbeamter abhängig. Gerne gebe ich zu, daß die Verfahrensweise, welche in den amtlichen Aktenstücken geschildert

wird, sich auch vollständig innerhalb der Gebote der Humanität und Sittlichkeit bewegen kann; aber das Bedürfnis einer amtlichen Ueberwachung und das einer strengen Strafabdrohung, welche gegen Mißbräuche gerichtet ist, wird von Niemanden geleugnet und am wenigsten von der deutschen Reichsregierung. Darauf deuten die Erklärungen der Reichsregierung im Reichstage vom 14. Mai 1879, vom 13. Juni 1879 und insbesondere die des Reichskanzlers, Fürsten Bismarck vom 28. Februar 1881 bereits genug hin.¹⁷⁾

Die australischen Eilande sind von der Natur in verschiedenem Maße ausgestattet: die einen sind überbevölkert, die andern wenig oder mit zur Arbeit ungeeigneten Leuten bevölkert; die einen sind öde, die andern, und zwar gerade minder bevölkerte, sehr fruchtbar. Daraus ergibt sich von selbst die Arbeiterüberführung von stark bevölkerten auf die Arbeiter bedürftigen Plantagen-Inseln. Daß die Lage der exportierten bezw. importierten Papua's in den Plantagen meistens eine günstige, ihre Besittung fördernde ist, ändert nichts an dem Bedürfnis nach amtlicher Ueberwachung des Labor trade und nach Bestrafung der etwaigen zum Sklavenhandel neigenden Mißbräuche; und diese Erwägung hat in England zu einem besonderen Gesetz (Kidnapping Akt) vom 27. Juni 1872 geführt.¹⁸⁾

Von Asien¹⁹⁾ sind zunächst diejenigen Länder, welche, sei es wirklich, sei es nominell von Konstantinopel aus beherrscht werden, als von der Sklaverei rechtlich frei zu bezeichnen.²⁰⁾ Freilich fehlt es nicht an Zeitungs- und sonstigen Nachrichten, welche von Sklavenhandel, ja sogar von Sklavenmärkten berichten, und freilich läßt sich nicht leugnen, daß mit dem Islam wie die Vielweiberei, so auch der Sklavenhandel innerlich verflochten ist. In höherem Maße als die türkischen Territorien sind aber die chinesischen von dem uns hier interessierenden Standpunkte aus ins Auge zu fassen. Die vorzüglichen Eigenschaften des chinesischen Arbeiters²¹⁾ und die Ueberbevölkerung des Reiches der Mitte haben längst die Aufmerksamkeit Arbeiter suchender Plantagenbesitzer auf diese Territorien gelenkt und in Deutschland haben gewichtige Stimmen, wie die von Franz von Holtendorff, bereits vor einem

Jahrzehnt auf den Kulihandel mit äußerster Entrüstung hingewiesen und das Augenmerk Europa's energisch auf die Schmach der dort bestehenden Anwerbungsmissbräuche gelenkt.²²⁾ Es muß hier rühmend anerkannt werden, daß die chinesische Regierung ihrerseits zum Schutze ihrer Staatsangehörigen klug und kräftig vorgegangen ist. Das Schicksal chinesischer Arbeiter, welche sich von Agenten der Kolonien des Auslandes vielfach unter Anwendung übertriebener Versprechungen und anderer unerlaubter Mittel anwerben ließen, wurde namentlich auf den Kolonien von Macao so sehr der Sklaverei ähnlich, daß die chinesische Regierung gegen die Ausfuhr chinesischer Arbeiter (Kulihandel) ein sehr strenges Verbot erließ und vor den mit den Westmächten geführten Kriegen mit aller Energie durchsetzte. Als aber nach diesen für China unglücklichen Kriegen Frankreich und England dasselbe zur Oeffnung neuer Handelshäfen zwangen, da benutzten diese siegreichen Westmächte die Nothlage China's zur Aufhebung des Verbots der Kulianwerbung. Ein Artikel des Pekingener Friedens²³⁾ bestimmt, daß Verordnungen zur Sicherstellung der chinesischen Auswanderung zwischen England, Frankreich und China vereinbart werden sollten. Dem einseitigen Vorgehen China's und somit dem Verbote der Werbung von Arbeitern war dadurch ein Kiegel vorgeschoben. Zu Vereinbarungen kam es bei der Verschiedenartigkeit der Interessen nicht, wohl aber erließ die chinesische Regierung im Jahre 1866 von sich aus eine Verordnung, welche den Mißbräuchen der Arbeiterwerbung vorbeugen soll. Nach diesem Regulativ²⁴⁾ stehen die auswärtigen, in China sich etablierenden Auswanderungsagenten unter der Kontrolle der Konsuln ihrer Nationalität; diese Konsuln haben die Etablissements-Reglements und Normalkontrakte der Agenturen ihrer Prüfung zu unterziehen, und wenn sie dieselben genehmigen, so haben sich die Agenturen an die chinesischen Polizeibehörden zu wenden, welche ihnen alsdann einen Erlaubnißschein ausstellen; die Normalkontrakte, welche die Arbeiterengagements-Bedingungen enthalten, dürfen späterhin nicht verändert und müssen an der Thüre der Agentur angeheftet und publiziert werden. Jeder Agent haftet für den Vollzug der Kontraktbedingungen seinerseits „nach den

Gesetzen seines Landes.“ Die chinesischen Werber, deren sich die Agenten bedienen, dürfen Anwerbungen nur vornehmen, wenn sie hierzu von den chinesischen Behörden concessioniert sind. Die angeworbenen Chinesen werden in ein Register eingetragen und können dann wieder frei in ihre Wohnung gehen, nach 4 Tagen ist ihnen alsdann der Kontrakt vorzulegen, welcher die Bestimmungen der Arbeit, Verpflegung u. s. w. unabänderlich enthält (diese Festsetzungen sind nothwendig, damit nicht ein Alkohol- oder Opiumrausch der „Angeworbenen“ diesen zum lebenslänglichen Nachtheil ausbeutet werde). Die auswärtige Verdingung der Arbeitskraft darf sich auf höchstens fünf Jahre erstrecken; nach Ablauf dieser fünf Jahre muß dem Arbeiter die Geldsumme ausbezahlt werden, welche zur Rückreise erforderlich ist. Diese Forderung kann nicht durch Verträge geändert werden; die unüberschreitbare Arbeitszeit beträgt $9\frac{1}{2}$ Stunden des Tages, jedoch muß unter 7 Tagen ein freier Tag sein. Die Transportschiffe, auf denen die angeworbenen Arbeiter die Reise nach ihrem Bestimmungsort zurücklegen sollen, müssen ihrer Größe, Einrichtung und Ausrüstung nach den von den Konsuln erlassenen Schiffsreglements genau entsprechen. Die Konsuln sollen solche Schiffe frühestens 24 Stunden vor deren Abfahrt noch besuchen und prüfen, auch die Einschiffung der Arbeiter soll von den Konsuln, sowie von chinesischen Polizeibeamten überwacht werden. Bei der Verfrachtung und Vertheilung der Arbeiter in den Kolonien dürfen auswandernde Arbeiterfamilien nicht zerissen werden u. s. w.

Es darf nicht verhehlt werden, daß dieses umsichtig und juristisch korrekt angelegte Reglement die Billigung Englands und Frankreichs nicht fand. Die Vertreter dieser Mächte erklärten ihre Interessen hauptsächlich dadurch verletzt, daß Engagements über fünf Jahre hinaus ausgeschlossen seien und daß der exportierende Agent nach Ablauf jener fünf Jahre zum freien Rücktransport der Arbeiter oder zur Zahlung der zur Heimreise nöthigen Geldsumme verpflichtet sein solle.

Hierdurch ließ sich jedoch die chinesische Regierung in ihren Bestrebungen nicht irre machen und hielt die Verordnung aufrecht,

und die preussische Regierung acceptierte die Bestimmungen des chinesischen Gesetzes, ein Standpunkt, den auch die deutsche Reichsregierung einnimmt.²⁵⁾

In Amerika ist Sklaverei und Sklavenhandel nurmehr in zwei, allerdings bedeutenden Territorien nachweisbar vorhanden. In Cuba erreichte die Einfuhr afrikanischer Sklaven bereits gegen Ende der 1850er Jahre thatsächlich ihr Ende; das erste spanischerseits auf allmähliche Abschaffung der Sklaverei hinielende Gesetz, die sogenannte Ley Moret, erschien aber erst am 4. Juli 1870.²⁶⁾ Dieses Gesetz konnte der herrschenden Unruhen wegen nur unvollkommen ausgeführt werden. Man zählte im Jahre 1871 noch 231699 und im Jahre 1874 noch 208334 Sklaven auf Cuba. Seit 1870 fanden in der That in Gemäßheit dieses Gesetzes successive viele Freilassungen statt (von 1870—1877 ca. 90000). Man zählte aber 1877 noch etwa 140—200000 Sklaven auf Cuba. Im Jahre 1880 bestimmte ein neues Abolitions-gesetz,²⁷⁾ daß jedem Sklaven (nunmehr Schutzbefohlener, *patrocinado* genannt) eine Aufenthaltskarte (*cedula*) ausgestellt werde. Solcher Karten wurden ca. 140000 ausgestellt. Ende des Jahres 1883 lebten auf Cuba noch 99500 *patrocinados* und 1888 sollen auch diese verschwunden, d. h. die Besitzer der Aufenthaltskarten frei sein. Die Behandlung dieser successive freizugebenden Arbeiter ist gesetzlich geregelt und milde. Zum Ersatz für die freigegebenen Arbeiter suchte man Kulis aus China einzuführen, die in einem mit der chinesischen Regierung deßhalb abgeschlossenen Vertrage als freiwillige Einwanderer bezeichnet werden, deren Export nach Cuba die chinesische Regierung gestatten soll. Bei der Ausführung dieses Vertrags erklärte jedoch die chinesische Regierung, daß sie unter freiwilligen Ein- bezw. Auswanderern nur solche Personen verstehen könne, welche ihre Reisekosten nachweisbar aus ihren eigenen Mitteln bestreiten könnten, und somit ist die Einfuhr von Kulis aus China verhindert worden. Auf anderen Inseln Westindiens soll eine Einfuhr von Kulis aus Asien allerdings stattfinden und auf Trinidad etwa 40000 derselben in Arbeit stehen.

In Brasilien ist die Sklaverei noch nicht abgeschafft. Unter

einer Gesamtbevölkerung von 10000000 Seelen sollen sich dort nicht weniger als 1500000 Sklaven befinden. In neuester Zeit bemüht sich die Gesetzgebung mit der Aufhebung der Sklaverei langsam, wie es richtig ist, unter gleichzeitiger Herstellung von Organisationen zur Beschaffung von Arbeit für Freigelassene vorzugehen.²⁰⁾ —

Schon dieser gewiß unvollständige und lückenhafte Ueberblick über die geographische Verbreitung der Sklaverei auf der Erde und namentlich in den mit Europa, insbesondere Deutschland, im Verkehr stehenden Ländern dürfte zeigen, daß es keineswegs müßig ist, sich noch heute mit der Bekämpfung der Sklaverei und ihrer ebenso schimpflichen Surrogate zu beschäftigen. Es entspricht dies der Humanität, aber auch dem geltenden Völkerrecht. Aber die „Realpolitiker,“ welche die auf Abschaffung der Sklaverei u. s. w. gerichteten Bestrebungen als übertriebenen Idealismus, superkluge Philanthropie oder unpraktische Neuerungsucht tadeln, würden recht haben, wenn man in Bezug auf die hier in Betracht kommenden Länder und Gesetze keinen Unterschied machen würde. Wir unterscheiden folgende Verhältnisse:

A. Die europäisch civilisierten Staaten haben sämmtlich in ihren europäischen Territorien die Sklaverei und jede Form der Leibeigenschaft und des Menschenhandels gesetzlich abgeschafft und durch ihre Verwaltung beseitigt. Nur dem türkischen Staat dürfte stete sorgfältige Wachsamkeit noch zu empfehlen sein, damit sich nicht Anhängel asiatisch-muhammedanischer Lebensverhältnisse in der Form von Hausdienerschaft und Haremsbevölkerung einschleiche. Für die übrigen europäischen Staaten ist das hier erörterte Thema vom Menschenhandel gesetzgeberisch und administrativ nur insofern interessant, als es sich um die unter ihrer Flagge betriebene Schifffahrt und um die unter ihrem Schutze stehenden Kolonien, Plantagen und Faktoreien handelt; freilich nahe liegende Mißbräuche auf verwandten Gebieten sind auch mitten in europäischen Verhältnissen überall möglich. Durch die Gesetzgebung bereits verpönt, fordert die Möglichkeit derselben den Staat zu steter Aufmerksamkeit der Verwaltungsorgane auf. In dieser Hinsicht

ist vor Allem die Ueberwachung des Auswanderungswesens,²¹⁾ die strikte Durchführung der für das dasselbe bestehenden Vorschriften im Anschluß an die in §. 6 der Gewerbeordnung ausgesprochene Koncessionspflichtigkeit des Gewerbes der Auswanderungs-Unternehmer nicht zu vernachlässigen; ebenso wenig aber auch die Anwendung des §. 144 des Deutschen Strafgesetzbuchs, welcher lautet: „Wer es sich zum Geschäfte macht, Deutsche unter Vorpiegelung falscher Thatfachen oder wissenlich mit unbegründeten Angaben oder durch andere auf Täuschung berechnete Mittel zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.“

B. Diesen Staaten gegenüber stehen solche, in denen die Sklaverei ein historisch überkommenes, mit nationalen Eigenthümlichkeiten enge zusammenhängendes Rechtsinstitut, ein hergebrachtes Element der Volkswirtschaft ist. In diesen Ländern beruht die Leibeigenschaft in der Regel auf nationalen Verschiedenheiten in der Zusammensetzung des Volkes und ist in der Praxis durch Gesetze, welche Vorschriften über die Behandlung und Beschäftigung, die Ehe und das Vermögen der leibeigenen Volksklasse enthalten, vieler Härten beraubt und bis zu einem gewissen Grade „human“ geworden. Es ist auch nicht bloß das Recht, welches in diesen Ländern mildernd wirkt, sondern mehr noch die Sitte, durch welche die Leibeigenen fast zu Familienmitgliedern gemacht und vor vielen störenden Ausnutzungen des Eigenthumsrechts bewahrt bleiben. Dazu kommt eine gewisse, wenigstens scheinbare Inferiorität der leibeigen dienenden Race, ein Mangel an geistiger Selbstständigkeit, welcher zu dem Glauben verleitet, eine solche Race befinde sich überhaupt in dem Zustande der Leibeigenschaft beglücklicher, als in dem der Freiheit. Diese und ähnliche Erwägungen, mitunter auch die Macht der Gewohnheit veranlassen Kenner solcher Länder hier und da noch zu der als „Dogma“ ausgesprochenen Meinung, die Sklaverei sei unter gewissen Verhältnissen wenigstens nicht zu verwerfen. Zu letzterer Koncession an die „Praxis“ kann ich nie herabsteigen. Die Sklaverei ist und bleibt überall und unter allen Verhältnissen ein Gegenstand des Abscheus und der Bekämpfung

für jeden menschlich denkenden Gebildeten; ihr Charakteristisches liegt nicht in dem subjektiven Uebelbefinden dieses oder jenes Sklaven oder Leibeigenen, sondern darin, daß der Mensch zur Sache herabgewürdigt, demnach Gegenstand des Kaufes und Verkaufes, des Tausches und des Verkehrs überhaupt wird, ohne daß dabei sein Wille, seine Ueberlegung und das familiäre Verhältniß rechtlich in Frage kommen. Mag auch der Mißbrauch der Herrengewalt gesetzlich bekämpft und der Herr so milde als möglich sein, — die Herrengewalt an sich gegenüber einem juristisch als Sache betrachteten Menschen ist unwürdig des Menschengeschlechts. Daran ändert auch die angebliche Inferiorität der Race, die Unbildung und auch die wirtschaftliche Armuth nichts und wenn auch vielleicht die menschlichen Racen bedeutende geistige Unterschiede zeigen, bildungsunfähig ist kein bis jetzt bekannter Menschenschlag; mindestens ist er der Gesittung insoweit zugänglich zu machen, daß er nicht wie ein Stück Vieh durchweg behandelt werden muß. Der anthropologischen Wissenschaft ist es bis jetzt wenigstens nicht gelungen und wird es wohl auch nie gelingen, einen essentiellen Unterschied der Racen mit der Bedeutung aufzustellen, daß die eine der andern nur als Waare zu dienen habe. Von der allgemeinen Bildungsfähigkeit geht auch die Lehre des Christenthums, die auch „für alle Heiden“ bestimmt ist und jede Philosophie aus, die von einer gemeinsamen Bestimmung des Menschengeschlechts in allen Kapiteln handeln muß. Verworfen ist im Völkerrecht längst der primitive Standpunkt, den ein Volk einnimmt, das sich allein als das auserwählte Volk betrachtet und sich in dieser Ueberschätzung seiner selbst entweder hochmüthig isoliert oder zum einzig herrschenden Weltstaat erheben will, und die Behauptung einer solchen geistigen Mangelhaftigkeit, welche von Natur aus zur Sklaverei verurtheilen solle, ist nichts anderes, als eine ruinenhafte Konsequenz jenes fast vorweltlichen Isolierungs- oder Weltbeherrschungs-Princips. Das *φύσει δοῦλον εἶναι* des Alterthums kennen wir nicht mehr: so weise der Mann des Alterthums auch war, der dies noch annahm, seine Kultur, die antike Kultur, krankte an dem Uebel der Sklaverei, in welcher wir heute eine der tobbringenden Krankheiten antiker Reiche erkennen

müssen. Giebt man dem Sklaven Zeit und Gelegenheit, sich geistig zu entwickeln und sich ethisch zu gestalten, so wird es fürder nicht nöthig sein, ihn als unvernünftige Sache zu behandeln. Der hat den Geist unserer, trotz alles angeblichen oder scheinbaren Heidenthums, doch auf christlicher³⁰⁾ Menschenauffassung beruhenden Kultur nicht erfaßt, der die Knechtschaft für ein ewiges Rechtsinstitut hält.

So wenig dieser Standpunkt als principieller — etwa aus Opportunitätsrücksichten verlassen werden darf — so wenig richtig wäre es aber, die sofortige unvermittelte Aufhebung der Sklaverei in allen sie bisher duldbenden Ländern zu fordern. In Bezug auf die Frage der Nothwendigkeit, der sittlichen und juristischen Nothwendigkeit der Aufhebung der Sklaverei darf kein Opportunismus entschuldigend Platz greifen; aber in der Frage der Zeit und Art der Aufhebung darf, ja muß der Staat opportunistisch handeln. Unendliches Elend könnte eine historisch und wirtschaftlich, ich möchte sagen pädagogisch, durch nichts eingeleitete plötzliche Aufhebung über unfrei und über frei Geborene bringen; Hebung des geistigen Niveau's³¹⁾ und Organisation des durch die Aufhebung frei werdenden Theils der bisher unfreien nationalen Arbeit müssen verschieden nach den lokalen Bedürfnissen der Aufhebung vorangehen. Je nach der Gesamtlage des Landes werden in verschiedenem Maße diejenigen Einrichtungen nothwendig sein, welche dem frei gewordenen Arbeiter unterstützend mindestens im Falle physischer Erwerbsunfähigkeit unter die Arme greifen, seinen Erwerbs- und seinen Sparsinn anregen und den Trieb nach einer festbegründeten Häuslichkeit in ihm wachrufen; eine besondere, zeitlich verschieden begrenzte Schutzpflicht wird dem bisherigen Herrn des Freigelassenen gesetzlich nicht erspart werden können, wogegen ihm als dem Patron des Freigelassenen und der Familie desselben für die Dauer der Uebergangszeit gewisse besondere Berechtigungen eingeräumt werden müssen. Die Einrichtungen, welche in Cuba und in Brasilien getroffen worden sind, scheinen in diesen Beziehungen vollen Beifall zu verdienen. Unter den gleichen Voraussetzungen muß man die Emancipation der Sklaven von allen denjenigen Staaten

fordern, welche mit den europäischen Culturmächten als völkerrechtlich gleichberechtigte Staaten in völkerrechtlich festgeregelten Verkehr treten wollen. Dies gilt den afrikanischen Staaten (z. B. Marokko) ebenso wie den asiatischen Reichen, und von selbst versteht es sich, daß Europäer, die in solchen Staaten wohnen oder sonst verkehren, von der Schmach des Sklavenhaltens sich, selbst wenn die Gesetzgebung ihnen dasselbe gestatten sollte, ferne zu halten haben. Eine direkte Einwirkung auf die Gesetzgebung dieser Staaten steht freilich den europäischen Mächten nicht zu, aber der diplomatische Verkehr kann und muß es die Gewalthaber sklaventhaltender Länder fühlen lassen, daß wir die Aufhebung der Sklaverei als Voraussetzung voller Gleichachtung von ihnen fordern.

C. Die Länder, die neben den bisher erwähnten in Betracht zu ziehen sind, mithin die Länder in denen die Sklaverei weder radikal aufgehoben ist (wie in den unter A angeführten), noch auch ein mit der ethnographischen Zusammensetzung des Volkes historisch gegebenes Rechts- oder quasi Rechtsinstitut ist (wie oben unter B), kennen die Sklaverei nur als eine von der Gewinnsucht hervorgerufene und unterhaltene Einrichtung. Es sind theils sklaventaufende (sklavensuchende), theils sklavenverkaufende (sklavendienende) Länder, von denen die ersteren in den Sklaven nichts anderes als eine gelbwerthe, möglichst intensiv auszunützende Arbeitskraft erblicken, die anderen nur einen Handelsartikel, eine Waare im vollsten Sinn des Wortes, welche sie entweder selbst insofern schaffen, als sie freie Menschen durch List oder Gewalt thatsächlich in den Zustand der Unfreiheit versetzen oder welche sie von andern in einem gewissen Transitverkehr tausch- oder kaufweise übernehmen. Australische oder afrikanische Kolonien, in welche Arbeiter durch unerlaubten Menschenhandel importiert werden, gehören zu den ersteren, melanesische und mikronesische Inseln, versuchtermaßen auch China und jedenfalls Centralafrika gehören zu den letzteren, den Sklaven dienenden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß diesen verschiedenen Ländern eine ganz andere Behandlung in der Sklavenangelegenheit Seitens der civilisirten Staaten zu Theil werden muß, als den unter B genannten. Diejenigen von den Arbeiter

suchenden Territorien, welche unter dem Einfluß europäischer Staaten stehen oder gar Kolonien derselben sind, müssen wie diese selbst in der Frage der Freiheit oder Unfreiheit der Bewohner behandelt werden: der Staat, der in Europa ein Rechtsstaat sein und als eine von den civilisirten Mächten daselbst gleichgeachtete Person gelten will, darf nicht in Afrika oder Polynesien die Rolle eines Barbarenstaates spielen. Europäischer Kolonialbesitz ist von jeder Form der Leibeigenschaft und die Kolonialterritorien sind von jeder Einwanderung frei zu halten, welche nicht notorisch oder den gegebenen Garantien nach eine freie ist. Diejenigen Staaten andererseits, welche als Sklaven bietende in Betracht kommen müssen oder können, sind verschieden zu behandeln, je nach der Stellung, welche sie selbst zum Arbeiter-Export oder -Transit einnehmen; suchen sie selbst die Ausfuhr oder Durchfuhr unfreier Arbeiter zu verhindern oder eine menschenwürdige Auswanderung vor Mißbräuchen zu bewahren, so sind sie in diesen ihren Bestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen. Dies gilt vor Allen von China und wurde bisher von der französischen und englischen Politik nicht oder nicht genügend beachtet. Wenn ein Staat in dem besten Streben, seine Angehörigen vor menschenunwürdiger Behandlung zu bewahren, Gesetze erläßt, durch welche die Arbeiterausfuhr entweder verboten oder unter Kontrolle gestellt wird, so hat kein anderer Staat das Recht, dies zu verbieten oder zu verhindern und eine in der Gewaltübermacht des Siegers allein begründete Beschränkung des besiegteten Staates in Bezug auf die Behandlung der eigenen Unterthanen des letzteren ist völkerrechtswidrig. Denn das Verhältniß eines Staates zu seinen Unterthanen ist für jeden fremden Staat unantastbar und auf der Erkenntniß gleicher Souveränität der Staaten und gleicher Interessen der Menschheit in denselben ruht das heutige Völkerrecht. China sollte von allen civilisirten Mächten in seinem Streben, den Sklavihandel zu unterdrücken, nachdrücklichst unterstützt werden. Das Gleiche hätte aber auch im Interesse der türkischen und ägyptischen Bestrebungen, die Sklaverei zu bekämpfen, geschehen sollen; insbesondere hätten alle am Handel mit ägyptischen Provinzen, im rothen Meer, im Golf

von Aden und an der Zanzibarküste beteiligten Nationen die Durchführung des englisch-egyptischen Vertrags ihrerseits mit aller Energie unterstützen sollen. Es ist anzuerkennen, daß Frankreich selbst nach der Proklamation Gordon's, durch welche der Kampf um die Sklaverei im Sudan aufgegeben wird, die französischen Schiffe daran gebunden hält, die unter der französischen Flagge segelnden oder unter französischem Protektorat stehenden Fahrzeuge streng zu überwachen und kraft des Durchsuchungsrechts in Bezug auf ihre Transporte zu kontrollieren.

Gegenüber den Sklaven bietenden Ländern, in denen die Sklavenausfuhr und die zwangsweise Arbeiterwerbung, die Sklavenjagden u. s. w. nicht verboten sind, wird sich das Völkerrecht und die Haltung der civilisierten Staaten zunächst darauf beschränken müssen, ihnen die Absatzgebiete ihrer lebenden Waare zu verschließen. In Polynesien wie auch an den asiatischen und afrikanischen Küsten wird dadurch allein schon Vieles im Interesse der Menschlichkeit erreicht werden. Nehmen die Küstenstriche keine unfreien Arbeiter mehr, so hat auch das Hinterland derselben, welches ohnehin allmählich durch den Verkehr u. s. w. in den Bereich der Civilisation gezogen werden wird, kein Interesse mehr, lebendes Menschenfleisch zu liefern und im Innern des Landes werden dann auch die Sklavenjagden u. s. w. aufhören; nur muß selbstverständlich dafür gesorgt sein, daß nicht ein ebenso unwürdiges Ersatzmittel (Coromanos etc.) bewirkt, daß nur der Name des Sklavenhandels, nicht aber die Sache desselben verschwinde.

So weit im Verkehr Arbeiter suchender und Sklaven bietender Länder internationale Verkehrswege, wie offene Meere, internationale Meerengen und Kanäle in Betracht kommen, ist es völkerrechtliche Pflicht, dieselben jedem unerlaubten Labor trade zu sperren. Das Meer ist frei, aber doch nur im Interesse eines rechtlichen Verkehrs; jeder Staat hat das Recht und die Pflicht, die Seepolizei auszuüben gegenüber den Schiffen seiner Flagge; diesen gegenüber besteht das staats- und völkerrechtlich unzweifelhafte Anhalt- und Durchsuchungsrecht der Kriegsfahrzeuge derselben Flagge. Schiffe, welche ohne Flagge oder unter einer völkerrechtlich nicht anerkan-

ten (schwarzen) Flagge segeln, und deren Papiere nicht in Ordnung sind, werden völkerrechtlich als Piratenschiffe behandelt. Schiffe fremder Flaggen dürfen von Kriegsschiffen und Polizeischiffen nur auf Grund von Vereinbarungen der betreffenden Staaten im Frieden angehalten und durchsucht werden — in dieser Beziehung ist weiter Raum für völkerrechtliche Vereinbarungen erspriechlichster Art gegeben. Der bedeutendste zur Zeit bestehende völkerrechtliche Vertrag zur Unterdrückung des Sklavenhandels ist der Vertrag zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien und Rußland vom 20. Dezember 1841;³²⁾ er folgt den Intentionen, welche bereits auf dem Wiener Kongreß ausgesprochen worden sind, in der Weise, daß die kontrahierenden Staaten bestimmten Schiffen ihrer Flaggen (Kreuzern) ein Anhalt- und Durchsuchungsrecht gegenüber den unter ihren Flaggen fahrenden Schiffen gegenseitig einräumen; die Kreuzer dürfen demnach auch Schiffe fremder Flaggen (aber immerhin Flaggen der kontrahierenden Mächte) durchsuchen und arretieren, jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen und nur auf einem bestimmten Theile der Afrika umgebenden Meere (das Meergebiet, auf welches sich der Vertrag vom 30. Dezember 1841 bezieht, ist im Norden begrenzt vom 32° nördlicher Breite, im Westen von der Ostküste Amerika's, im Süden vom 45° südlicher Breite und im Osten vom 80° östlicher Länge von dem Punkte an, wo er vom 45° südlicher Breite durchschnitten wird bis zur Küste von Ostindien). Dieser Vertrag ist von Preußen, Oesterreich, Großbritannien und Rußland, nicht aber von Frankreich ratifiziert worden. An Stelle Preußens ist unterm 29. März 1879 das Deutsche Reich getreten und der Reichstag hat diesem Beitritte am 19. Mai desselben Jahres die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.³³⁾ Bei den Verhandlungen im deutschen Parlamente ist bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Vertrag einzelne Unvollkommenheiten und Unzulässigkeiten enthalte;³⁴⁾ hiergegen wurde aber andererseits bemerkt, daß politisch vor der Hand nicht mehr zu erreichen war,³⁵⁾ und zugegeben ist, daß mindestens der Export von Negerklaven nach Südamerika durch die Ausführung des Vertrags thatsächlich gehemmt ist. Wünschenswerth wäre freilich, daß der Ver-

trag sich nicht ausdrücklich bloß mit dem Negerklaven-Handel beschäftigen, sondern auch den Rulihandel und Ähnliches in seinen Bereich ziehe und daß demselben oder einer ähnlichen Vereinbarung alle Nationen beitreten, deren Flaggen auf den Ozeanen wehen.

Den Aufgaben, welche das Völkerrecht und insbesondere der internationale Vertrag den Staaten stellt, muß die staatliche Gesetzgebung gerecht werden und die Verwaltung der Staaten, hier also insbesondere die Rechtspflege, die Marineverwaltung und das Konsularwesen dienen.

Die völkerrechtlichen Verträge haben, wie schon vor dem Jahre 1841 die Vereinbarungen zwischen Großbritannien und Frankreich vom 30. November 1831 und 22. März 1833, denen die Hansestädte am 9. Juni 1837 beitraten, in den kontrahierenden Staaten modifizierend auf die Gesetzgebung eingewirkt; denn die Verträge setzen voraus, daß die Kontrahenten den Sklavenhandel mit ihrer Strafsjustiz verfolgen. Die jetzt in Betracht kommenden Strafrechtsnormen des Deutschen Reiches und deutscher Staaten sind, abgesehen von dem Falle der rechtswidrigen Verleitung zur Auswanderung (§ 144 des Reichsstrafgesetzbuches, von welchem bereits oben S. 17 gesprochen wurde), folgende:

1) Die §§ 234 und 239 des Reichsstrafgesetzbuches:

„Wer sich eines Menschen durch List, Drohung oder Gewalt bemächtigt, um ihn in hilfloser Lage auszusetzen oder in Sklaverei, Leibeigenschaft oder in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen, wird wegen Menschenraubs mit Zuchthaus bestraft.

Wer vorsätzlich und widerrechtlich einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt, wird mit Gefängnis bestraft.

Wenn die Freiheitsentziehung über eine Woche gedauert hat, oder wenn eine schwere Körperverletzung des der Freiheit Beraubten durch die Freiheitsentziehung oder die ihm während derselben widerfahrne Behandlung verursacht worden ist, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter Einem Monat ein.

Ist der Tod des der Freiheit Beraubten durch die Freiheitsentziehung oder die ihm während derselben widerfahrne Behandlung verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.“

2) Preussisches Gesetz vom 8. Juli 1844:

§ 1. „Jedes Preussische Schiff, welches von einem Kreuzer angehalten wird, ist als im Negerklaven-Handel begriffen anzusehen, wenn es Negerklaven an Bord hat oder wenn in demselben Gegenstände, wie sie der Art. 9 des Vertrags vom 20. Dezember 1841 bezeichnet, vorgefunden werden, oder erweislich während der Reise, auf welcher das Schiff angehalten wird, vorhanden gewesen sind.

Diese Vermuthung kann nur durch den überzeugenden Nachweis entkräftet werden, daß die an Bord vorgefundenen Neger in einer erlaubten Absicht aufgenommen sind, oder daß das Schiff in einem erlaubten Geschäfte begriffen war, oder zu einem solchen ausgerüstet worden ist, und daß die Gegenstände, welche jene Vermuthung begründen, nothwendig waren, um den erlaubten Zweck zu erreichen.

§ 2. Gegen im Holzhandel begriffene Schiffe wird dadurch, daß auf denselben die unter Art. 3 des 9. Artikels jenes Vertrags erwähnten Reserveplanen vorgefunden werden, die im § 1 aufgestellte Vermuthung nur dann begründet, wenn sich ergibt, daß diese Gegenstände augenscheinlich zur Anlage eines Sklavenbeds bestimmt sind.

§ 3. Wird ein Rauffahrteischiff, welches nach den Vorschriften der §§ 1 und 2 als im Sklavenhandel begriffen anzusehen ist, angehalten und zur Untersuchung an die kompetente Behörde abgeliefert, und kann der vorbehaltene Gegenbeweis nicht befriedigend geführt werden, so ist gegen den Kapitän, den Superkargo und den ersten Steuermann auf Zuchthaus-

Strafe von fünf bis zwanzig Jahren zu erkennen. Eine gleiche Strafe trifft den Rheber, denjenigen, welcher zur Ausrüstung des Schiffes Geld geliehen hat, und den Versicherer, wenn denselben die Bestimmung des Schiffes bekannt war.

Gegen die Schiffsmannschaft tritt eine Strafarbeit von sechs Monaten bis zu fünf Jahren ein, wenn aus den Umständen erhellt, daß sie sich bei dem Verbrechen freiwillig theiligt hat.

§ 4. Bei Zurechnung dieser Strafen (§ 3) ist besonders zu berücksichtigen, ob auf dem Schiffe wirklich Negerklaven vorgefunden worden sind, oder nachgewiesen wird, daß ein Sklavenhandel schon stattgehabt hat. Außer jenen Strafen ist gegen diejenigen, welche gegen die auf dem Schiffe befindlichen Sklaven sich noch anderer Verbrechen schuldig gemacht haben, auch die auf diese Verbrechen in den Gesetzen angeordnete Strafe nach den allgemeinen Grundsätzen über das Zusammentreffen mehrerer Verbrechen zur Anwendung zu bringen.

§ 5. Die gegen den Kapitän, den Superkargo und ersten Steuermann angeordneten Strafen (§§ 3 und 4) treffen auch diejenigen, welche die Stelle dieser Person einnehmen, wenn gleich sie als solche in der Schiffsrolle nicht bezeichnet sind.

§ 6. Ergiebt sich bei einem zur Ausrüstung im Hafen liegenden Schiffe aus seiner Einrichtung und Befrachtung, daß dasselbe zum Sklavenhandel bestimmt ist, so wird derjenige, welcher es ausrüstet oder ausrüsten läßt, mit ein- bis dreijähriger Zuchthausstrafe belegt.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher zur Ausrüstung des Schiffes Geld dargeliehen hat, sowie den Versicherer und den Kapitän, wenn denselben die Bestimmung bekannt war.

Gegen die Schiffsmannschaft tritt, wenn ihr die Bestimmung des Schiffes bekannt war, Strafarbeit von drei Monaten bis zu einem Jahre ein.

§ 7. In allen Fällen, in denen nach den vorhergehenden Bestimmungen Zuchthausstrafe ausgesprochen wird, muß zugleich auf den Verlust der Befugniß zum ferneren Betriebe

des gemißbrauchten Gewerbes, imgleichen aller Ehrenrechte, Pensionen und Gnabengehälter, und wenn unter den Schuldigen ein Beamter ist, auf Kassation und auf Unfähigkeit desselben zu allen öffentlichen Aemtern erkannt werden.

§ 8. Ergiebt die gerichtliche Untersuchung, daß das aufgebrauchte Schiff auf der Reise, auf welcher es von dem Kreuzer angehalten ist, Sklavenhandel bereits betrieben hat, oder daß es dazu ausgerüstet war, so ist in dem Erkenntniß, durch welches die Strafen gegen die beteiligten Personen festgesetzt werden, zugleich die Konfiskation des Schiffes mit seiner gesamten Ausrüstung und der darauf vorgefundenen Ladung an Handelsbütern auszusprechen.

§ 9. Erfolgt ein freisprechendes Erkenntniß, so muß durch dasselbe zugleich die Freilassung des Schiffes und der Ladung verordnet werden.

§ 10. Ist ein freisprechendes Erkenntniß ergangen, zum Anhalten des Schiffes und zur Ablieferung an die competente Behörde aber hinlänglicher Grund (§ 1) vorhanden gewesen, so sind zu einer Entschädigung ebenso wenig diejenigen verpflichtet, welche das Schiff angehalten und abgeliefert, als die Regierung, in deren Auftrage sie gehandelt haben.

§ 11. Ist dagegen das Schiff widerrechtlicher Weise oder ohne hinreichende Verdachtsgründe durchsucht und in Beschlag genommen worden, oder sind bei der Durchsuchung oder Beschlagnahme Mißbräuche oder Verationen vorgefallen, so hat das Gericht in demselben Erkenntniß den Befehlshaber des Kreuzers oder den Offizier, welcher zur Durchsuchung des Schiffes an Bord desselben abgeschickt worden, oder denjenigen, welchem die Führung des in Beschlag genommenen Schiffes anvertraut war, zum Schadenersatz zu verurtheilen, insofern die erwähnten Handlungen unter Autorität der einen oder andern dieser Personen geschehen sind.

§ 12. Die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes gehaltenen Schiffe werden nach Swinemünde gebracht, und

an die dortige Schifffahrtskommission zur Weiterbeförderung nach Stettin abgeliefert.

Unmittelbar nach der Ablieferung und nach dem Empfange der von dem Befehlshaber des Kreuzers aufgenommenen Verhandlungen, muß die Schifffahrtskommission, nach Vorschrift des 8. Art. des erwähnten Vertrags, zur Besichtigung des Schiffes schreiten und hierüber ein Protokoll aufnehmen.

§ 13. Die Verhandlungen werden sodann an das Oberlandesgericht zu Stettin abgegeben, welches mit der ferneren Untersuchung und dem Erkenntnisse beauftragt ist. Dasselbe hat von allen rechtskräftigen Erkenntnissen eine Ausfertigung mit den Entscheidungsgründen an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einzureichen."

3) Oldenburg'sches Gesetz vom 18. Januar 1876.

Art. 1. „Der Handel mit Negerklaven ist verboten.

Art. 2. Wer als Rheber, Befrachter, Kapitän oder Superkargo ein Schiff zum Bedarf des Handels mit Negerklaven ausrüstet oder damit versiegelt, wer Sklavenhandel betreibt oder wer als Vorschußleister oder Versicherer zu demselben wesentlich Hilfe leistet, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 6000 M. bestraft.

Gegen die Mannschaft eines solchen Schiffes ist, wenn ihr die Bestimmung des Schiffes bekannt war, Gefängniß bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 1000 M. zu erkennen.

Außerdem kann in diesen Fällen den Umständen nach auf Konfiskation des Schiffes sammt Zubehör sowie der Ladung erkannt werden.

(Art. 3 ordnet die Ablieferung und Bewachung des angehaltenen Schiffes in Brakke und die Kompetenz des Obergerichts Barel).

(Art. 4 ordnet die Freigabe nach Freisprechung an, theils mit, theils ohne Schadenersatz).

Art. 5. Dieses Gesetz tritt in Kraft, sobald der unterm 20. Dezember 1841 abgeschlossene Vertrag, betreffend Unter-

brückung des Negerklavenhandels, für das Deutsche Reich Geltung erhält."

4) Mecklenburg-Schwerin'sches Gesetz v. 17. März 1846.

§ 1. „Sobald ein Sklave oder als solcher behandelte Kaptangefangene Unser Landesgebiet betritt, wird er frei, und gegen ihn verübte Gewalt und Mißhandlung voll angesehen und bestraft werden, als sei sie gegen einen Freien verübt.

§ 2. Wenn der Führer oder auch der Superkargo eines Mecklenburgischen Schiffes, oder derjenige, welcher deren Stelle vertritt, den Transport eines oder mehrerer Sklaven übernimmt, so ist derselbe mit einer Zuchthausstrafe von 6 bis 12 Monaten und außerdem mit einer Geldstrafe von 50 bis 100 Thaler zu belegen.

§ 3. Wer als Rheber, Befrachter, Kapitän, Steuermann oder Superkargo ein Schiff zum Behuf des Sklavenhandels ausrüstet, oder damit versiegelt, oder Sklavenhandel damit treibt, oder durch Andere ausrüsten oder betreiben läßt, oder daran Theil nimmt, verfällt, nach den Umständen und je nachdem das Schiff vor der Abfahrt im Hafen die Ausrüstung oder nach der Abfahrt, jedoch vor Vollziehung des Sklavenraubes oder Sklavenhandels, oder nach wirklicher Begehung eines Actes des Sklavenraubes oder des Sklavenhandels angehalten wird, in eine Zuchthausstrafe von einem bis zu zehn Jahren, sowie außerdem in eine Geldstrafe von 100 bis 1000 Thaler, und verliert das Recht, die Mecklenburgischen Flaggen zu führen. Eine gleiche Strafe trifft auch diejenigen, welche als Vorschußleister oder Versicherer diese Verbrechen befördern.

(Art. 4 dehnt das Gesetz auf Ausländer und auf Flaggenmißbrauch aus.)

(Art. 5 statuiert die Auslieferung ausländischer Sklavenhändler)."

5) Die freien und Hansestädte haben ebenfalls Strafgesetze gegen den Handel mit Negerklaven erlassen; die Gesetze stimmen in vielfacher Hinsicht mit einander überein; es sind

das Hamburgische Gesetz vom 19. Juni 1837 (Sammlung der Verordnungen der freien Hansestadt Hamburg, XV. Bd. S. 70—72),

die Lübedische Verordnung vom 26. Juli 1837 (Sammlung der Lübedischen Verordnungen, VII. Bd. S. 15—17) und das Bremische Strafgesetz vom 15. publ. 20. Febr. 1837 (Sammlung der Verordnungen zc. der freien Hansestadt Bremen, im Jahre 1837, S. 22—24).

Art. 1 des Hamburgischen Gesetzes hat (entsprechend) denselben Inhalt wie § 1 des Mecklenburg-Schwerin'schen Gesetzes vom 16. März 1846.

Ebenso stimmt Art. 2 desselben nach § 2 des Letzteren — auch in Strafrechten — überein.

Art. 3 des Hamburgischen Gesetzes weicht vom § 3 des Mecklenburg-Schwerin'schen Gesetzes darin ab, daß es als Strafe statuiert: Gefängnißstrafe von Ein Jahr Zuchthaus bis zehn Jahr Spinnstuhl und Geldstrafe von 200 bis 2000 Thaler nebst Verlust des Bürgerrechts und des Flaggenrechts.

Art. 4 des Hamburgischen Gesetzes entspricht inhaltlich genau den §§ 4 und 5 des Mecklenburgischen Gesetzes.

Die vier Paragraphen des Lübedischen Gesetzes vom 26. Juli 1837 entsprechen genau den vier Artikeln des Hamburgischen Gesetzes vom 19. Juni 1837, nur mit der Abweichung, daß nach § 1 des Lübedischen Gesetzes auch das Betreten eines Lübedischen Schiffes, wenn es zum Zweck der Ueberführung nach einem Nichtsklavenstaate geschieht, freimacht, und daß die Strafbestimmungen im § 3 andere sind, nämlich zwei bis fünf Jahre Zuchthaus und Geldstrafe von 200 bis 500 Thaler, zu dem Verlust des Bürgerrechts u. s. w. wie oben; doch wird das höchste Strafmaß nur erkannt, wenn das Schiff mit eingenommenen geraubten oder erhandelten Sklaven angehalten wird.

Das Bremische Gesetz vom 15/20 Februar 1837 erläutert zunächst im Art. 1 den Begriff Sklavenhandel und erklärt diesen „Geschäftsbetrieb“ als Verbrechen; es stuft sich auch

nach ihm (Art. 2) dieses Verbrechen ab, je nachdem das Schiff vor Abfahrt im Ausrüstungshafen oder später jedoch vor Vollziehung des Sklavenraubes oder Sklavenhandels, oder endlich nach wirklicher Begehung eines Actes des Sklavenraubes oder Sklavenhandels angehalten wird; die Strafe ist ein- bis fünfzehnjährige Zuchthausstrafe, ferner Geldstrafe wie im Lübedischen und Ehrenfolgen u. s. w. wie im Lübedischen und Hamburgischen Gesetze, mit der Thatbestandsbeschreibung, welche im Art. 3 des Hamburgischen und Art. 3 des Mecklenburgischen Gesetzes aufgenommen wurde. Art. 3 des Bremischen Gesetzes entspricht dem § 4 des Mecklenburgischen und Art. 4 des ersteren droht arbiträre Geld-, Gefängniß- oder Zuchthausstrafen und Straffolgen für alle sonstigen, eine Verletzung des im Art. 1 allgemein ausgesprochenen Verbotes des Sklavenhandels enthaltenen Handlungen an.

Die reichsrechtlichen Bestimmungen, nämlich §§ 232 und 239 reichen nicht aus, um den Sklavenhandel und die verwandten Erscheinungen zu unterdrücken, ja auch nicht um die vertragsmäßigen Verpflichtungen, welche aus Art. 1 des Vertrags vom 20. Dezember 1841 bezw. aus Art. 1 des Uebereinkommens vom 20. März 1879 entspringen, zu erfüllen. Es sind in demselben die Vorbereitungs-handlungen, welche unter bestimmten Umständen ebenso nothwendig und streng unter Strafe zu stellen sind, wie die Affekuranz des Sklavenschiffes, die Ausrüstung u. s. w. strafflos gelassen. Die Reichsregierung hat diesen Mangel selbst wiederholt anerkannt, nicht bloß indem sie in der Denkschrift, mit welcher sie den Vertrag vom 29. März 1879 dem Reichstag vorlegte, ausdrücklich auf die vorher erwähnten sechs Partikulargesetze verweist, sondern auch durch die am 25. November 1875 erfolgte Vorlage des Gesetzentwurfs, betr. die Beförderung und Beschäftigung eingeborner polynesischer Arbeiter, eines Entwurfs, welcher leider nicht zum geltenden Rechte erhoben wurde.

Was nun die erwähnten sechs Partikulargesetze betrifft, so sind dieselben ihrem Gegenstande nach zu beschränkt; sie befassen sich nur mit dem Sklavenhandel eines verhältnißmäßig eng begrenz-

ten Gebietes, sie ahnden nur den Handel mit Negerklaven; sie reichen nicht entfernt aus, um den versteckten Sklavenhandel und die aus criminalpolitischen Gründen nothwendig gleichzeitig zu treffenden Vorbereitungs- und Unterstützungs-Handlungen energisch zu bekämpfen. Dazu kommt, daß die Rechtsgiltigkeit der vor dem Inkrafttreten des Reichsstrafgesetzbuches entstandenen strafrechtlichen Bestimmungen mit Grund bestritten werden kann, ferner daß wenn man die Giltigkeit der mitgetheilten sechs Partikularstrafgesetze auch annimmt, die Rechtsverschiedenheit derselben geradezu unerträglich ist. Die Einheit der Flagge des Deutschen Reiches und die verfassungsmäßige Rechtseinheit auf dem Gebiete des Strafrechts fordern dringend, daß die Bestrafung des international zu verfolgenden Verbrechens des unerlaubten Labor trade wenigstens deutscherseits eine einheitliche, und zwar eine schwerere ist, als das in seiner Giltigkeit nicht zu bestreitende, sich an die Grenzen des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch haltende Oldenburgische Gesetz vom 18. Januar 1876 anordnet. Die Hauptsache aber ist, daß die Strafandrohung eine derartige sei, daß sie den verschiedenen Umgehungsversuchen des Verbots des Sklavenhandels von vornherein den Weg abschneidet und sich auch im Uebrigen den lokalen Verhältnissen möglichst anpaßt. Diese Elastizität der erforderlichen Strafrechtsnorm wird nur erreicht durch ein Blanketgesetz, welches den nach Ort und Gelegenheit verschiedenen konsularischen oder sonstigen obrigkeitlichen Anordnungen den nöthigen strafrechtlichen Nachdruck verleiht. Damit nun aber diese obrigkeitlichen Anordnungen einheitlich, so weit es nämlich nöthig und möglich ist, vorgehen, ist als Zwischenglied zwischen der starren Strafandrohung und den lokal verschiedenen konsular- oder sonstigen Polizeiverfügungen eine kaiserliche Verordnung zu setzen, welche im Anschluß an das Strafgesetz und im Vollzug der bestehenden und zu erwartenden völkerrechtlichen Vereinbarung zu erlassen wäre. Der Gesetzentwurf, welcher diesen Erwägungen nach wünschenswert ist, müßte ungefähr folgende Fassung haben:

§ 1. Wer die vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths erlassenen Vorschriften über Ein- und Auswanderung afrikanischer,

asiatischer oder australischer Arbeiter dadurch verletzt, daß er solche Arbeiter mit Gewalt, List oder Drohung zum Abschluß eines Arbeitsvertrags bestimmt, oder mit solchen Arbeitern unerlaubte Verträge abschließt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängniß nicht unter einem Jahre bestraft.

Ein zweiter Paragraph sollte denjenigen mit Strafe bedrohen, welcher zum Zweck der Beförderung von Arbeitern, die auf eine nach § 1 unerlaubte Art gewonnen oder verpflichtet wurden, Schiffe ausrüstet, befördert oder affekuriert oder zu den in § 1 verbotenen Unternehmungen Geld oder andere Gegenstände verleiht. Die Gewerbsmäßigkeit des Begehens der in diesen beiden Paragraphen bezeichneten Handlungen, müßte die Strafe selbstverständlich erhöhen, eventuell Zuchthaus bis zu 15 Jahren. Gegen das Schiff sammt Ladung und Zubehör muß die Konfiskation ausgesprochen werden können, die sich nach § 40 des Strafgesetzbuches nicht unter allen Umständen rechtfertigen ließe. Die Bestrafung der Schiffsmannschaften eines Sklavenschiffes, welche um die rechtswidrigen Bestimmungen desselben wußten, könnte sich allenfalls schon auf Grund des § 49 aussprechen lassen; es dürfte sich aber doch empfehlen, eine besondere Strafandrohung gegen Führer und Mannschaft eines Sklavenschiffes in das Gesetz aufzunehmen. Ob noch anderweite Verletzungen der in § 1 vorausgesetzten kaiserlichen Vorschriften, namentlich solche, welche sich auf die Behandlung und Beschäftigung importierter Arbeiter in deutschen Kolonien beziehen, unter besondere Strafe gestellt werden sollen, soll hier dahingestellt bleiben.

Ein derartiges Strafgesetz würde den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung nach sich ziehen müssen, in welcher sowohl der Abschluß des Arbeitsvertrags, als auch die Ausführung desselben, ferner die Ausrüstung der Schiffe, die Abreise und bezw. Ankunft der importierenden Fahrzeuge oder Karawanen u. s. w. unter obrigkeitliche Aufsicht gestellt werden. In Bezug auf den zulässigen Inhalt des Vertrags können zweckmäßigerweise wohl schon in der kaiserlichen Verordnung bestimmte Vereinbarungen ausgeschlossen und andere als unabänderlich festgesetzt werden.

An diese Verordnung, in welcher die völkerrechtlich vereinbarten

und die sittlich und deutschrechtlich feststehenden Grundsätze in Bezug auf die rechtliche Stellung der Arbeiter aufzunehmen sind, haben sich alsdann die lokalpolizeilichen Verordnungen der Konsuln, die einschlägigen Lokal- und Territorialbehörden anzulehnen, welche alsdann theils unter dem Hochdruck der Strafanforderungen des vorhin projektirten Blanketgesetzes, theils auf Grund der nach dem Reichsgesetz, betr. die Konsular-Gerichtsbarkeit, den Konsuln bereits jetzt zustehenden Strafanforderungen zur Beobachtung gebracht werden mußten. —

Mit solchen Bestimmungen und Einrichtungen ausgerüstet dürfte das Deutsche Reich der theils neu, theils mit erneuter Macht an dasselbe herantretenden Forderung, seine Gesetzgebung zur Unterdrückung jedes Handels mit Menschen umzugestalten und durchzuführen, vollständig gewachsen sein. Vorausgesetzt muß dabei freilich werden, daß es nirgends an Einrichtungen der Rechtspflege und der Polizei gebricht, wo auch nur immer die deutsche Flagge wehen mag. Die kaufmännische Souveränität dürfte zur selbständigen Errichtung von Polizeianstalten und Strafgerichten ungeeignet sein; unsere Kultur verlangt staatliche Rechtspflege.

Die Maßregeln des Deutschen Reiches zur Unterdrückung jeder Form des Sklavenhandels werden ihr Ziel um so sicherer und allgemeiner erreichen, wenn es seiner Machtsstellung gelingt, die übrigen europäischen Staaten zu einem vertragsmäßigen gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen.

Wenn die Reichsregierung nach dem Ablehnen der Samoa-Vorlage Seitens des Reichstages zunächst keinen genügenden Anlaß fand, die gesetzliche Regelung der Frage des Labor trade wieder aufzunehmen³⁰⁾, so wird man jetzt wohl mit Sicherheit annehmen dürfen, daß dieser Anlaß vorliegt. Im vollsten Maße anzuerkennen ist der Standpunkt, welchen die Regierung des Deutschen Reiches sachlich in dieser Frage unentwegt eingenommen hat, aber durch konsularische Reglements, denen höchstens eine Geldstrafe bis zu 150 M. zur Seite steht, und Verordnungen, die der strafgesetlichen Fundierung entbehren, läßt sich der Sklavenhandel nicht unterdrücken. Was der deutsche Patriot an die Ausdehnung des

deutschen Handels und an die offizielle Anerkennung einer deutschen Kolonialpolitik als Forderung der Humanität knüpft, das ist der dringende Wunsch nach Herstellung der Rechtssicherheit aller Orten, wo deutsche Schutzgewalt besteht, und die Fernhaltung jeder Art von Unfreiheit von allen Gebieten, in denen deutsches Recht und deutsche Macht gilt.

Anmerkungen.

1) Bluntschli, das moderne Völkerrecht der civilisirten Staaten. Art. 281 S. 169, mit Begründung S. 170. — Geffter, das europäische Völkerrecht der Gegenwart, 7. Aufl. herausgegeben von Geffter § 70. S. 143, 144.

2) Vergl. Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck über das projectirte, vor dem französischen entschieden den Vorzug verdienende System einer Kolonialpolitik, gehalten im deutschen Reichstage am 26. Juni 1884.

3) Constitution ottomane Art. 9. 10. f. Annuaire de l'Institut de droit international. Deuxième année 1878. p. 297.

4) Convention entre l'Égypte & la Grande-Bretagne pour la suppression du commerce des esclaves, signée à Alexandrie le 4 août 1877. f. Annuaire de l'Institut de droit international. Troisième & quatrième années. Tome II. 1880 p. 270. Siehe hierzu die Ordonnance des Khéive Ismail von demselben Tag, ebenda S. 276, 277.

5) Man vergleiche die Berichte aller den Sudan bereisenden Forscher, auch die Berichte der „Times“ und der Kölnischen Zeitung vom Februar 1884.

6) Ueber die Thätigkeit Emin Bey's (Dr. Schnitzler) f. z. B. Uganda und der ägyptische Sudan von Rev. C. E. Wilson, M. A., F. R. G. S. Mitglied der Society of Arts, Correspondent der Geographischen Gesellschaft in Kairo, und R. W. Felkin, F. R. G. S., Mitglied des Anthropological Institute of Great Britain and Ireland, Correspondent der Berliner Anthropologischen Gesellschaft, Mitglied der Society of Arts, etc. 2 Bände. Stuttgart 1883, insbes. Bd. II S. 49. Vergl. auch Oesterreichische Monatschrift für den Orient 1880. insbes. Brief Gessi Pascha's vom 11. Mai 1880 aus Dembo.

7) Man vergleiche z. B. die Berichte der Kölnischen Zeitung vom 12. und 29. Januar und vom 3. März 1884.

8) Dr. Gerhard Rösler in einem Schreiben an Mr. Allen den Secretär der British and Foreign-Anti-Slavery Society in London, aus Abyssinien Mitte Juni 1884.

9) Siehe Stanley („Wie ich Livingstone fand“) Bd. I S. 15 ff. berechnet die Rentabilität des Sklavenhandels an der Sangha-Barküste; ein Händler

kauft z. B. für 3500 Dollars in Udschidschi 464 Sklaven zu je 7½ Dollars und gewinnt daran in Sanjibar — nach Abzug der Reisekosten zu 1500 Dollars — 13920 Dollars, — allerdings ist die Nachricht aus dem Jahre 1871, herausgegeben aber 1879. Neuere s. in der Röllnischen Zeitung vom 15. 19. und 26. Oktober 1884. (Nr. 287 I, 291 II und 298 II.)

Bemerkenswerth dürfte die Mittheilung Stanleys sein: „Das als Prima bekannte Stück Landes hat in den Augen der civilisirten Welt eine große Bedeutung; denn bei allen Verhandlungen über die Sklavenfrage muß sich unsere Aufmerksamkeit auf diesen Punkt concentriren. Seine Bedeutung liegt für uns in der Thatfache, daß mit Hilfe der in demselben befindlichen Häfen Mombasa, Bueni, Sa'abani, Whinde, Bagamoyo, Kaole, Kondutschi, Dar Salaam, Mbuamadschi und Kilwa drei Viertel der gefangenen, geraubten oder im Innern gekauften Sklaven ins Ausland verschifft werden. Diese Thatfache darf man nicht vergessen.“ (Stanley a. a. D. S. 218.) Ueber Sklavenjagden und Sklavenausfuhr an der Ostküste von Afrika s. auch Stanley ebenda S. 232.

10) Siehe Röllnische Zeitung vom 22. Oktober 1884 Nr. 294 I. Vergleiche auch Stanley in dem in voriger Note angegebenen Werke Bb. I S. 18 — 19.

11) Nachtigall, Lenz, Buchner, Stanley und die übrigen Afrikareisenden erzählen von den Scheußlichkeiten der Sklavenjagden an zahllosen Stellen ihrer Werke. Vergleiche z. B. Dr. Gustav Nachtigalls Reise nach Baghirmi 1872. Globus 1881. Bb. 39. Nr. 18, 19, 20. (Nachtigall sah selbst Sklavenjagden, die vom Sultan Mohammed von Baghirmi gegen die Lummoh, Laleu, Rimré u. s. w. veranstaltet wurden, und das Hinsterben und Hingelassen der auf dem Transport erkrankten Sklaven; vergl. Globus Bb. 39. S. 277, 289, 291, 306 u. A. — Dr. Oskar Lenz, Reise durch die westliche Sahara: „Zur Ausfuhr (aus Timbuktu) kommen besonders Sklaven aus den Dambarra-Ländern im Westen, die nach Marokko, Tunis und Tripolis gehen.“ s. Globus Bb. 39. S. 303. — Carl Bergshoffs Notizen über die nubischen Wüstenbewohner Abedeh und Bishari, Globus ebenda S. 301, 302, — Stanley a. a. D. Bb. I. S. 232 u. A. — Dr. M. Buchners Expedition im Kongo-Gebiet. Mittheilungen der Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland. Bb. II Nr. 4. Globus Bb. 39. S. 367 u. A. Vergl. ferner Globus Bb. 44 Nr. 6 S. 95 und Nr. 11 S. 165, 166, Ueber Sklavenhandel am Kongo s. (Münchener) Aug. Stg. v. 16. Nov. 1884. Beilage, S. 4715 u. A.

12) Aus der Schrift: »Herinneringen van de Zuid-Westkust van Afrika. Eenige Bladzijden uit mijn Dagboek door Onno Zwier van Sandick. Meet een Kaartje. Deventer. 1881« bringen die von der Geographischen Gesellschaft in Bremen herausgegebenen „Deutschen Geographischen Blätter“ (redig. von Lindemann und Wolfenbauer, Bb. IV. Heft 4, 1881. S. 293—311.) interessante Mittheilungen, denen wir folgendes entnehmen:

„Eine Eigenthümlichkeit der Südwestküste Afrikas bilden die Coromanos, von den Holländern gewöhnlich „Kroomannen“ genannt. Diese Neger sind in Wirklichkeit nichts weiter als Sklaven, da sie den Europäern von den Regierungen oder Häuptlingen verkauft werden. Es steht ihnen frei, sich eine Frau zu nehmen, in welchem Fall ihre Kinder jedoch ebenfalls Eigenthum

ihrer Herrn werden. Oft stammen sie aus fernen Gegenden her und es würde ihnen in solchem Falle schwer werden, zu entfliehen und ihre Heimath zu erreichen. Aber selbst wenn sie ihre Verwandten in der Nähe haben, würden Fluchtversuche gewöhnlich erfolglos sein, da jene sie in der Regel ihren Herrn wieder zuführen würden, um die dafür ausgemachte Prämie zu verdienen; an den meisten Orten bringen sie daher die Nacht in völliger Freiheit zu. In Banana ist man gezwungen, die Coromanos während der Nacht einzuschließen, weil immer die unwilligsten und brutalsten von den Außenfactorien dorthin geschickt werden. Uebrigens ist das Loos dieser Leute für einen Neger nicht so sehr beklagenswerth, abgesehen davon, daß sie jeden Augenblick verkauft werden können und ganz und gar von ihrem Herren abhängig sind. Einige Chefs, besonders Portugiesen, mißbrauchen ihre Macht, namentlich in Betreff der Töchter und Söhne ihrer Sklaven. Die Coromanos werden von ihren Herren nicht allein unterhalten, sondern verdienen auch, wenn sie sich angenehm und nützlich zu machen wissen, oft eben soviel als ein freier Neger, monatlich 2 bis 3 Long, worüber sie frei verfügen können. Hieraus folgt, daß die Coromanos kostspieliger sind als die freien Neger; indeß bieten jene den Vortheil, daß sie immer disponibel sind, während es diesen, wenn sie sich satt gegessen haben, nicht einfällt, an die Arbeit zu gehen.

„Da die Sklaverei in den portugiesischen Kolonien abgeschafft ist, so findet man die Coromanos ausschließlich im Norden von Ambiz. Besonders am Congo und nördlicher.

„Die „Handelsvereinigung“ *) ist im Besitz von einigen Hunderten, die über ihre verschiedenen Factorien vertheilt sind. In Banana befinden sich 50, hier in Quillo gegenwärtig nur 12. Als Grundsatz gilt, daß Sklaven niemals unthätig sein dürfen; in Ermangelung anderer Arbeit müssen sie Gras schneiden. . . .

„. . . Der Weise würde einen Sklaven wohl tödten können, wie es in der Aufregung wohl einmal geschieht, ohne Nachtheiliges befürchten zu müssen, wenn er nur dafür sorgt, daß kein Blut zum Vorschein kommt. Wäre dies der Fall, so würden die Fürsten sofort mit der Behauptung hervortreten, daß ihr Grund und Boden mit Blut besetzt worden sei, und würden hohe Entschädigung fordern, um die Schmach wieder zu tilgen. . . .

„Bei dem derzeitigen Küstenpreise der Waaren kamen die Neger „das Stück“ auf etwa 30 Milreis oder fl. 51. Sie wurden indeß gegen 35 Milreis nach Banana verschifft, woraus der Factorie natürlich ein Gewinn erwuchs. Dieser ermöglichte es, daß im November 1879 vier der gekauften Neger zu Passagen zurückbehalten wurden und für die Factorie thätig bleiben konnten. Die Alimentationskosten wurden erst besonders berechnet und dann pro Kopf 5 Milreis zugeschlagen. Sie hatten in den Bögern keine besondere Rubrik; doch wurden sie bei Verschiffung Banana Debet und Waaren Credit. Zu Passagen wurde dann gebucht: »Para fornecidosa — maços ou passageiros Rs:« — (per Vorschuß an Arbeitsleute oder Passagiere Rs:) Die Schiffsführer machten zuweilen Schwierigkeiten, Sklaven mitzunehmen, denn sie fürchteten, englischen Kreuzern zu begegnen. So weigerte sich der Kapitän des Dampfers

„Banana“ am 15. November 1879, die Sklaven zu empfangen, wenn nicht jeder einen »mokondo« oder Kontrakt als Arbeitsmann bei sich führte. Es wurde dann auch jedem zu verschiffenden Sklaven ein solcher Kontrakt beigemittelt, darunter bemerkt: »Pajo Banana« (bezahlt Banana).

Von der Handelsvereinigung wurden nicht viele Sklaven gekauft; während meiner Anwesenheit an der Küste 100 bis 150, unter welchen einzelne Frauen. Den Gekauften wurde sofort die Kette (libambo) angelegt. Diese besteht aus einem eisernen Halsringe, durch dessen eine Seite die Kette geht, die den Ring zugleich schließt. Das Ende der Kette wurde mit einem Schlosse versehen. In Quillo war man nicht gut darauf eingerichtet, und wurden sie des Nachts in einen verschließbaren Raum gesperrt, der zur Aufbewahrung von Theer und Farbe diente. Das Ende der Kette ging durch ein Loch in der Thür und wurde um einen draußen stehenden Pfahl geschlungen. Den Tag über wurden sie zum Tragen und Transportiren von allerlei Gegenständen gebraucht, oder sie mußten Gras ausziehen. Der Chef der Faktorei nannte sie scherzend „die Normalschule.“

Zu Massabe wurden sie des Nachts mit einem Bein in einen dazu eingerichteten Block geschlossen; im Uebrigen war ihre Behandlung dieselbe. Sie erhielten regelrechte Nahrung, wie ein freier Neger sie nicht besser verlangen kann. Natürlich traten dann und wann Todesfälle ein; doch ergab dies für die Faktorei keinen Verlust, da die Sklaven ja nach Banana debittirt werden konnten.

Die meisten Schlachtopfer starben an einer eigenthümlichen Krankheit, die bei freien Negern nie auftritt. Sie wird hier »makála« genannt und besteht darin, daß Thierchen sich rund um den After einfressen und manchmal bis in die Eingeweide durchbringen. Wenn wir diese Krankheit zeitig genug bemerkten, wurde sie wohl durch Anwendung von Umschlägen aus Pulver und Limonadensoß gehoben.

Die gekauften Neger wurden stets von anderen Negern zum Kauf angeboten. Häufig waren es Küstenneger, welche von ihrem Herrn verkauft wurden, oder auch als »feiticeiros« der Zauberei beschuldigt waren. In diesem Fall versuchten sie niemals zu entkommen, weil sie es bei ihren Stammesgenossen viel schlechter hatten, als bei den Weißen. Manchmal waren sie aber auch von anderen Negern als Kriegsbeute weggeführt worden, und dann mußte man sie höchst sorgfältig bewachen. In Massabe mußte ein Libambo von 7 Negern loszukommen; innerhalb einer Woche waren sie indeß alle wieder von den umwohnenden Negern, die für jeden Flüchtling 5 Long und 1 Gallone Rum als Belohnung empfingen, eingefangen und zurückgebracht.

Zuweilen wollen die ge- oder verkauften Neger ihren Herrn durchaus nicht wechseln und sich die Kette nicht anlegen lassen. Doch wird von ihren Vorstellungen wenig Notiz genommen, und ihr Widerstreben wird mit kräftiger Hand unterdrückt.

Kleinere Vergehen werden gewöhnlich durch Applicirung einiger »palmatada« in die flache Hand geahndet. Das dazu gebrauchte Instrument »palmatorio« ist ein Stöß von 4 dcm. Länge mit einer platten Scheibe von 10 cm Durchmesser. (Wahrscheinlich nur bei Negerflaven angewandt.)

*) Diese Handelsgesellschaft („Afrikaanische Handelsvereniging“) liquidirte i. J. 1879, ihre Geschäfte setzte die an ihre Stelle getretene »Nieuwe Afrikaanische Handelsverennootschap« blühend fort; im Jahre 1880 zahlte sie — nach oben angeführtem Berichte — 40 Procent Dividende. Die Faktoreien der Handelsvereinigung liegen theils am Congo selbst (Banana, Nola, Ensuili u. s. w.), theils im Norden desselben (Moando, Quillo, Mapombo u. s. w.), theils im Süden desselben (Cabeca de Cobra, Quinga, Macula, Ambrijette, Mussiera, Ambrij, Danbe, San Paolo de Moando).

13) Vergl. J. B. die Nachricht in der königlichen Zeitung vom 7. Nov. 1883 (Nr. 309 I.)

14) Vergl. hierüber den Bericht des Korvettenkapitäns von Werner an die Kaiserliche Admiralität zu Berlin, vom 29. Dezember 1878, § die Beilagen zur Samoavertrags-Vorlage, S. 145 ff., ferner ebenda S. 167 ff. den Bericht des Kaiserlichen Konsuls Weber an das Auswärtige Amt in Berlin vom 22. Januar 1879; auch mitgetheilt von Gareis Das heutige Völkerrecht und der Menschenhandel S. 34. ff. Ueber den bedeutenden Arbeiter-Import auf den Samoa- und anderen Südpazifik-Inseln vergl. auch die (Mugab.) Allgemeine Zeitung vom 28. März 1881 (Nr. 87, Hauptblatt, S. 1276.)

15) Deutscher Reichstag, 2. Legislaturperiode, III. Sess. 1875. Drucksache Nr. 55. — Hierüber s. auch Gareis in der Deutschen Revue (herausgegeben von Richard Feischer) VI. Jahrgang, 1881 S. 273 ff.

16) Siehe Anmerkung 14.

17) Die Erklärungen des Staatsministers v. Bülow in der Reichstags-Sitzung vom 14. Mai 1879, Stenograph. Bericht S. 1181, 1182, und desselben in der Sitzung vom 13. Juni 1879, Stenogr. Bericht S. 1602, ferner die des Geh. Legationsraths v. Rufferow in der Sitzung vom 16. Juni 1879 Stenogr. Bericht 1879. S. 1653 und die des Reichstanzlers Fürsten Bismarck in der Reichstags-Sitzung vom 28. Februar 1881 s. Stenograph. Ber. 1881. S. 70.

18) Hierüber s. Gareis in der Deutschen Revue 1881 S. 277, 279, 280 und „Völkerrecht und Menschenhandel“ S. 38, 44 und a. a. O. (in ersterer Stelle S. 280 s. den Hinweis auf die Befugnisse englischer Konsule, welche sehr weit reicht, aber doch nicht ausreichte, sondern von der Gesetzgebung noch speciell unterstützt werden mußte).

19) Ueber Ostindien s. Globus Bd. 44. Nr. 12. 1883. Vergleiche auch v. Bunsens Bemerkungen in Bezug auf Bombay, Reichstags-Sitzung vom 14. Mai 1879. Stenograph. Bericht S. 1178.

20) Ottoman. Verfassung der 7. Zilhidje 1293 (11/23. Dezember 1876) Art. 8, 9, 10, 11.

21) Vergleiche die Bemerkungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Doewe (Wochum) in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 16. Juni 1879. S. 1654, auch Gareis, das heutige Völkerrecht zc. S. 29.

22) Fr. v. Holkenborff: Der Kullihandel. Ein Aufruf an die Menschheit des 19. Jahrhunderts. Gartenlaube 1874 Nr. 38. — Vergl. ferner: D. Beta: Der Kullihandel und die Kullis. Magazin für die Litteratur des Auslandes 1873. Nr. 44, 45. — F. Rapp: Die chinesische Auswanderung seit 1875. „Globus“ 1881. (Bd. 39, S. 88, 104, 135, 167, 182, 198, 346, 360; (648)

derselbe erzählt auch von den „Barracoas“ (Kuli-Gefängnissen) des portugiesischen Koloniallandes Macao, ebenda S. 200. — Der Vorwurf der Prinzipiosität, welchen Kappel gegen die chinesische Regierung (Globus XXIX S. 105) erhebt, dürfte wegfallen, wenn man die Schwierigkeit bedenkt, die der chinesischen Regierung durch Art. 5 und resp. Art. 9 des Friedens von Peking in der Bekämpfung des Kulihandels entgegengestellt wurde. Hiervon s. unter Anmerkung 23.

23) Convention between Her Majesty the Queen etc. etc. and the Emperor of China, 24. Oktober 1860 Art. 5; Convention of Peace between the Emperor of France and China, 25. Oktober 1860. Art. 9.

24) Siehe Gareis, das heutige Völkerrecht 2c. S. 30—34.

25) Ueber den Kulihandel s. auch die Erklärungen und Verhandlungen im Deutschen Reichstage Sitzung vom 18. April 1874. (S. 918 ff.)

26) Ley Moret, de 4 de Julio de 1870, para la abolicion gradual de la esclavitud en la Isla de Cuba.

27) Ley y reglamento de abolicion de la esclavitud de 13 de Febrero de 1880 (publicada en la gaceta de la Habana en 8 de Mayo des mismo anno. (edd. Habana, 1883). — Die Mittheilung des Gesetzestextes verdanke ich der gütigen Unterstützung des Kaiserlichen Deutschen Konsuls in Habana, Freiherrn v. Soden.

28) Vergl. die Reiseberichte in der Königl. Zeitung 1881. 24. August (Nr. 2341)

29) Vergl. den Gesetzentwurf des Reichstagsabgeordneten Dr. Rapp, vom 25. Februar 1878 (Deutscher Reichstag 1878 Drucksachen Nr. 44.) und den von dem Abg. Dr. v. Bunsen Namens der Kommission darüber erstatteten Bericht Drucksachen 1878 Nr. 282 betreffend die Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern.

30) Gareis, Irrlehren über den Kulturekampf. Berlin 1876. (Zeit- und Streitfragen) S. 10 und S. 76. Anmerkung 11 und 14. W. Duden die Staatslehre des Aristoteles in hist. pol. Umrissen. II. S. 74. Ueber die Abschaffung der Sklaverei s. ebenda die Bemerkung W. Duden's S. 69. Gareis Irrlehren 2c. Anmerkung 12 S. 76.

31) Hier hat die Arbeit der Missionen in heidnischen Ländern einzusetzen, wie dies an vielen Orten schon geschehen ist.

32) Dieser Vertrag ist wörtlich mitgetheilt (sammt Instruktion u. s. w.) in Gareis, das heutige Völkerrecht 2c. S. 9—25.

33) Siehe Gareis, das heutige Völkerrecht 2c. S. 25—26.

34) Siehe Stenograph. Bericht der Sitzungen des deutschen Reichstags vom 14. Mai 1879, S. 1177 (Dr. v. Bunsen, Gareis).

35) Siehe ebenda S. 1180. (Gef. Legationsrath Reichardt und Staatsminister v. Bülow.)

36) Gareis, Deutsche Revue 1881. (Bd. VI) S. 279.

